

bereitgelegt wird. Die Möglichkeit einer Anwendung auf die zeitgenössische Lyrik (z. B. Herwegh, Freiligrath) zieht Peschken leider nicht in Erwägung.

Über die Brauchbarkeit des *Quellentils* entscheidet aber letztlich der von den Autoren ins Auge gefaßte Benutzerkreis — daher zu diesem Komplex nur einige kritische Bemerkungen aus fachwissenschaftlicher Sicht. Am Dokumentenmaterial fällt der überproportionale Prozentsatz literarischer Produkte des nicht gerade als repräsentativ zu bezeichnenden Twesten auf (21 von 149 Nrn.). Irritierend wirken eingestreute »Quellen« aus dem Bereich der neueren Literatur (Nr. 58, 68, 92, 112). Kaum verständlich ist jedoch der Rückgriff auf Archivmaterial — zudem oft nur Polizei- und Ministerialberichte — bei einem völligen Verzicht auf *das* Forum bürgerlicher Öffentlichkeit, Bewußtseinsbildung und Artikulation: die liberale Tagespresse! Die Fülle der zum Abdruck kommenden Quellen muß gerade im Zusammenhang mit einer äußerst sparsamen Annotierung den angesprochenen sach- und fachfremden Benutzer überfordern, was auch durch die stark lenkenden Quellen- und Abschnittsüberschriften nicht ausgeglichen werden kann. Oft fragt man sich, *was* eigentlich dokumentiert werden soll: Repräsentieren die abgedruckten Materialien die vorherrschende Einstellung des Bürgertums zum vorliegenden Problemkomplex, oder dokumentieren sie gerade eine diesbezüglich uneinheitliche Haltung, indem nur die jeweils fortschrittlichen Vertreter zu Worte kommen (z. B. Judenfrage: Nr. 61; Frauenemanzipation: Nr. 63 f., vgl. Nr. 248; Arbeiterfrage: Nr. 65, 67, 69 ff.). Insgesamt bleibt der Eindruck dieses Arbeitsbuches, gerade von seinem selbstgesteckten Ziel her gesehen, dem (angehenden) Germanisten den Zugang zu einer sozialgeschichtlichen Interpretation literarischer Texte zu eröffnen, durchaus unbefriedigend. Für eine Analyse der bürgerlichen Emanzipationsbewegung in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts bietet der Band allerdings aufschlußreiches und z. T. neues Material.

Toni Offermann

Das Tagebuch Julius Hölders 1877—1880. Zum Zerfall des politischen Liberalismus in Württemberg und im Deutschen Reich, hrsg. von Dieter Langewiesche (= Veröffentlichungen der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe A: Quellen, Bd. 26), Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1977, XVIII, 334 S., kart., 48 DM.

Das Tagebuch, das der Württemberger Julius Hölder (1819—1887; Landtagsabgeordneter 1848/49 und 1856—1881; Landtagspräsident 1875—1881; nationalliberaler Reichstagsabgeordneter 1871—1881; württembergischer Innenminister 1881 bis zu seinem Tode) in der Zeit zwischen Juli 1877 und Ende 1880 führte, ist eine zentrale Quelle nicht nur für die württembergische Landesgeschichte, sondern auch und vor allem für die innen- und wirtschaftspolitische Umbruchphase im Bismarckreich (die sog. »zweite« oder »innere« Reichsgründung), die auch zum Auseinanderbrechen der Nationalliberalen Partei führte. Bislang war das Tagebuch nur durch die im pro-Bismarckischen Sinn tendenziös ausgewählten Auszüge bekannt, die H. v. Poschinger in seinem Werk über »Bismarck und die Parlamentarier« (1895 f.) abgedruckt hat. Hölders Perspektive bei seiner detaillierten Schilderung von internen Vorgängen in der nationalliberalen Reichstagsfraktion (Entscheidungsprozeß, Flügelkämpfe, taktische Absprachen, vertrauliche Mitteilungen wie z. B. über Bennigsens Verhandlungen mit Bismarck über einen Eintritt von Nationalliberalen in die Regierung) ist vornehmlich von seiner Position in Württemberg bestimmt. Hölder war im späten Vormärz in der demokratischen Bewegung aktiv, nahm aber während der Revolution eine gemäßigt oppositionelle Haltung ein, die ihn für den demokratischen wie den liberalen Flügel der bürgerlichen Opposition als Integrationsfigur annehmbar machte; er hatte entscheidenden Anteil daran, daß die liberal-demokratischen Kräfte im Landtag bis zur Mitte der 1860er Jahre als einheitliche Fraktion auftraten. Die kontroverse Einschätzung des Bismarckschen Weges zur

Reichsgründung spaltete die beiden Lager; Hölder sah sich genötigt, gegen die antipreußisch-föderalistische, demokratische »Volkspartei« 1866 eine »Deutsche Partei« zu gründen, für die er Anhänger über den Kreis der propreußischen, aber über den Grad an Selbständigkeit der Bundesstaaten uneinigen Liberalen hinaus bei nationalgesinnten Konservativen und bei wirtschaftsbürgerlichen Kreisen suchen mußte. Die Partei wurde unter seiner Führung in den 1870er Jahren zur stärksten Fraktion; die gemeinsame Basis der inhomogenen Wählerschaft bestand freilich nur in der Bejahung der Reichsgründung und der Reichsinstitutionen, so daß liberale Reformziele in den Hintergrund traten. Die Deutsche Partei arbeitete im Landtag eng mit dem nur als Fraktion existierenden »Regierungsclub« zusammen; Hölder pflegte auch ein persönliches Verhältnis zum Ministerpräsidenten Frhr. v. Mittnacht, dessen Reichspolitik er voll billigte und der ihm auch viele vertrauliche Mitteilungen aus Landespolitik und Bundesrat zukommen ließ. Die Konservativen (vor allem Pietisten) sonderten sich zwar 1876 ab und bildeten eine eigene Deutschkonservative Partei; doch ihre Zusammenarbeit mit der Deutschen Partei einschließlich der gemeinsamen Aufstellung von Reichstagskandidaten blieb bestehen, wobei sich freilich immer weniger Gewählte im Reichstag den Nationalliberalen und immer mehr den konservativen Fraktionen anschlossen. Das Funktionieren einer lockeren, regierungsnahen Honoratiorenpartei samt der Rolle des staatlichen Wohlwollens für die Kandidaten und der Bedeutung gesellschaftlicher Verbindungen (Burschenschaften, gesellige Anlässe etc.) wird im Tagebuch sehr anschaulich geschildert, ebenso wie Hölders vergebliche Bemühungen, die bisher kooperierenden Kräfte in einer einheitlichen Partei auf der Grundlage von Reichstreue und Abwehr unitarischer Tendenzen zusammenzuführen.

Entsprechend wuchs Hölders Reserve gegenüber der nationalliberalen Reichstagsfraktion wegen der zentralistischen Neigungen seiner preußischen Kollegen, der »Tyrannei« in der Fraktion und der gegen Bismarck gerichteten »doktrinären« Angriffe des linken Flügels, dessen Sezession er herbeiwünschte. Hölder ließ sich im März 1879 nicht mehr in den Fraktionsvorstand wählen und trat im Juli 1879 zusammen mit 15 Süddeutschen, mit denen er sich der schutzzöllnerischen interfraktionellen Vereinigung von 204 Abgeordneten angeschlossen hatte, aus der Fraktion aus, ohne die Verbindung zu ihr ganz zu lösen. Die Unterstützung der Bismarckschen Zoll- und Handelspolitik ist freilich nicht interessenpolitisch motiviert; wenn auch drei Abgeordnete seiner Gruppe der Eisenindustrie nahestanden, so waren doch nicht wirtschaftliche Sonderinteressen ausschlaggebend, zumal sich die württembergischen Handels- und Gewerbekammern durchaus uneinheitlich geäußert hatten, sondern die Entlastung der Länder von den Matrikularbeiträgen, abgesehen vom Stimmungsumschwung bei der Wählerschaft zugunsten mäßiger Schutzzölle.

Die Edition ist eine nachträgliche Frucht der Beschäftigung des Herausgebers mit »Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung« (Düsseldorf 1974; vgl. die Rez. von L. Gall in HZ, Bd. 228, 1979, S. 99—101) und ist ungewöhnlich reichhaltig kommentiert und mit einer Einleitung versehen, die aufgrund ihrer Aspektvielfalt mehr als nur eine biographische Skizze bietet. Konrad von Zwehl

Ludolf Herbst, Die erste Internationale als Problem der deutschen Politik in der Reichsgründungszeit. Ein Beitrag zur Strukturanalyse der Politik »monarchischer Solidarität« (= Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft, Bd. 46), Musterschmidt-Verlag, Göttingen / Frankfurt / Zürich 1975, 240 S., engl. brosch., 70 DM.

Die aus einer Dissertation hervorgegangene vorliegende Arbeit will sich vornehmlich einem Problem widmen, das sich in Geschichte und Politik immer wieder gestellt hat: das Verhält-